

Maas fordert die Freilassung von Aung San Suu Kyi

Berlin. Außenminister Heiko Maas (SPD) hat die militärische Übernahme in Myanmar und die Verhaftung von Regierungs- und Parlamentsmitgliedern aufs Schärfste verurteilt. „Mit den Militäraktionen sind die bisherigen Fortschritte auf dem Weg zu einem demokratischen Wandel in Myanmar gefährdet“, sagte er am Montag in Berlin. Er forderte das Militär auf, „die Verhafteten, darunter Präsident Win Myint und Staatsrat Aung San Suu Kyi, unverzüglich freizulassen, um den Ausnahmezustand aufzuheben und die Arbeit demokratisch legitimierter konstitutioneller Institutionen wieder zuzulassen“. Die EU verurteilte auch nachdrücklich den Militärputsch in Myanmar und forderte die sofortige Freilassung der festgenommenen Personen. Die Ergebnisse der Wahlen müssen respektiert werden, …



News

Berlin. Außenminister Heiko Maas (SPD) hat die militärische Übernahme in Myanmar und die Verhaftung von Regierungs-

und Parlamentsmitgliedern aufs Schärfste verurteilt. „Mit den Militäraktionen sind die bisherigen Fortschritte auf dem Weg zu einem demokratischen Wandel in Myanmar gefährdet“, sagte er am Montag in Berlin.

Er forderte das Militär auf, „die Verhafteten, darunter Präsident Win Myint und Staatsrat Aung San Suu Kyi, unverzüglich freizulassen, um den Ausnahmezustand aufzuheben und die Arbeit demokratisch legitimierter konstitutioneller Institutionen wieder zuzulassen“.

Die EU verurteilte auch nachdrücklich den Militärputsch in Myanmar und forderte die sofortige Freilassung der festgenommenen Personen. Die Ergebnisse der Wahlen müssen respektiert werden, sagten der EU-Außenminister Josep Borrell und der EU-Ratspräsident Charles Michel am Montagmorgen.

Lesen Sie weiter nach der Anzeige

Frankreich fordert die sofortige Freilassung von Aung San Suu Kyi

Frankreich forderte auch die Freilassung von Suu Kyi und anderen Inhaftierten. „Frankreich fordert, dass die Ergebnisse der Wahlen vom 8. November strikt eingehalten werden, und steht dem birmanischen Volk in seinem Wunsch nach Demokratie und Freiheit, wie in der Wahlurne zum Ausdruck gebracht, fest auf der Seite“, sagte Außenminister Jean-Yves Le Drian am Montag.

Frankreich wird weiterhin alle Akteure unterstützen, die sich für mehr Demokratie, dauerhaften Frieden und wirtschaftliche Entwicklung ohne Diskriminierung und zum Nutzen aller

einsetzen.

Biden droht mit Sanktionen

US-Präsident Joe Biden drohte den neuen Herrschern im südostasiatischen Land mit Sanktionen. Die USA haben in den letzten Jahren Strafmaßnahmen gegen Myanmar wegen der Fortschritte des Landes bei der Demokratisierung aufgehoben, sagte Biden am Montag. Die Umkehrung dieser Fortschritte erfordert eine sofortige Überprüfung der US-Sanktionsgesetze, „gefolgt von geeigneten Maßnahmen“. Es hieß weiter: „Die Vereinigten Staaten werden für Demokratie arbeiten, wo immer sie angegriffen werden.“

Biden forderte eine feste internationale Antwort. Die internationale Gemeinschaft muss das Militär auffordern, die Macht unverzüglich abzugeben, Aktivisten und Beamte freizulassen, die Telekommunikationsbeschränkungen aufzuheben und keine Gewalt gegen Zivilisten auszuüben. „Wir werden mit unseren Partnern in der Region und der Welt zusammenarbeiten, um zur Wiederherstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beizutragen.“ Biden kündigte an, dass die Verantwortlichen für den Umbruch in Myanmar zur Rechenschaft gezogen würden.

Biden verurteilte den Militärputsch und die Verhaftung des De-facto-Premierministers Aung San Suu Kyi als „direkten Angriff auf den Übergang des Landes zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“. In der vom Weißen Haus verteilten Ankündigung des US-Präsidenten heißt es, dass in einer Demokratie niemals versucht werden sollte, „das Ergebnis einer glaubwürdigen Wahl mit Nachdruck abzusagen“.

In Myanmar kündigte die Armee am Montagmorgen im Militärfernsehen an, die Kontrolle für ein Jahr zu übernehmen. Während dieser Zeit gilt der Ausnahmezustand. Zuvor hatte es Anfang November Beschwerden über das Ergebnis der Parlamentswahlen gegeben.

Dies wurde eindeutig von der „Nationalen Liga für Demokratie“ des Friedensnobelpreisträgers Suu Kyi gewonnen. Minderwertige Konkurrenten, einschließlich des militärisch loyalen USDP, sprachen jedoch von Wahlbetrug.

Inspiriert vom LVZ Newsticker -> [Zum kompletten Artikel](#)

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de